



# Der grosse Graben

## Liberalismus, Sozialismus und die europäische Frage in der britischen Linken

Der Aufstieg von Jeremy Corbyn, einem radikalen Sozialisten, zum Labour-Vorsitzenden erschütterte 2015 die britische – und in einem gewissen Ausmass auch die globale – Politik. Nach zwei Wahlniederlagen der Labour-Partei, der Finanzkrise und nach fünf Jahren lähmender Kürzungen der Staatsausgaben durch die konservativ-liberaldemokratische Koalition ritt Corbyn auf der Welle einer Bewegung gegen die Austerität in Richtung des politischen Machtzentrums – getragen von hunderttausenden neuer Parteimitglieder. Corbyn hatte Unterstützung von Sozialdemokrat\*innen, die den Kapitalismus reformieren wollten, und von demokratischen Sozialist\*innen, die ihn ersetzt sehen wollten. Diese beiden Gruppen hielt die Opposition gegen das brutale Sparprogramm der Tories zusammen, später aber wurden sie wegen der europäischen Frage auseinandergerissen.

In diesem Aufsatz belege ich mit Argumenten, warum der Aufstieg und Fall des Corbyanismus als Ergebnis der Kluft zwischen Linkliberalen und Sozialist\*innen in der Corbyn-Koalition zu verstehen ist. Die Linkliberalen betrachten staatliche und internationale Institutionen als neutrale Schiedsrichter der freien Märkte und nicht geleitet von der Logik des Kapitals. Sie konnten deshalb Corbyns Zurückhaltung gegenüber der Europäischen Union nicht verstehen. Aber die Sozialist\*innen in der Labour-Partei – mehrheitlich EU-Skeptiker\*innen, wenn auch nicht alle Brexit-Anhänger\*innen – sehen die EU als eine antidemokratische, unverrückbar kapitalistische Institution, die eher zusammenbrechen wird, als dass ihr Führungspersonal nur schon die moderatesten sozialdemokratischen Reformen durchsetzen könnte, die für ihr mittelfristiges Überleben nötig wären.<sup>1</sup> Die von Liberalen so geliebte Formulierung »globale Lösungen für globale Probleme« verschleiert die globalen Machtdynamiken, unter denen globale Zusammenarbeit tendenziell die Zusammenarbeit der Eliten im Interesse des Imperialismus und der Kapitalakkumulation bedeutet.

---

**Grace Blakeley**

\*1993, ist eine britische Wirtschafts- und Politikwissenschaftlerin, Kommentatorin, Autorin und Aktivistin der Labour Party.

Als überzeugter Antifaschist war Corbyn beim Referendum zur EU 2016 gegen die fremdenfeindliche, nationalistische Leave-Kampagne. Wie fast alle hochrangigen briti-



schen Politiker\*innen dieser Zeit akzeptierte er im Vorfeld der Parlamentswahlen 2017 aber das Ergebnis des Referendums. Doch was passierte zwischen 2017, als Corbyn 2227 Stimmen fehlten, um Premierminister zu werden<sup>2</sup>, und 2019, als Labour auf die niedrigste Sitzzahl seit 1935 fiel? Die für ein zweites Referendum einstehende People's-Vote-Kampagne arbeitete mit Corbyns Gegnern in der Parlamentsfraktion der Labour-Partei zusammen und wurde von einem Grossteil des liberalen Establishments dabei unterstützt, den Brexit als Keil zur Spaltung der Labour-Koalition von 2017 zu nutzen.

Letztlich gelang es ihnen, die Linksliberalen in der Labour-Partei von den Sozialist\*innen abzuspalten und Corbyn zu einer Kehrtwende zu zwingen, sodass er 2019 mit dem Versprechen eines zweiten Brexit-Referendums in die Parlamentswahlen ging. Die Partei war nicht imstande, die Remain-Stimmen zu vereinen und genügend Sitze von Brexit-Gegner\*innen zu gewinnen, um den enormen Verlust an Unterstützung der Leavers wettzumachen. Diese Wähler\*innen in den Midlands und im Norden des Landes entzogen Labour die Unterstützung und stimmten für die Konservativen, was zu einem enormen Verlust von Labour-Sitzen führte.<sup>3</sup>

Die Labour-Niederlage von 2019 ist nicht allein auf die neue Brexit-Position zurückzuführen. Aber die Partei wäre nicht auf die niedrigste Anzahl Sitze seit den 1930er Jahren gefallen, wenn sie das Ergebnis des Referendums weiterhin respektiert hätte. Der Erfolg, mit dem der Brexit dazu benutzt wurde, Linksliberale von Sozialist\*innen zu trennen, wurde beim jüngsten Kampf um den Vorsitz der Labour-Partei deutlich, in dem die Linksliberalen sich hinter Sir Keir Starmer einreihen, dem Gesicht des Remain-Lagers und ›Helden‹ des liberalen Establishments im Lande.

## **Die Geschichte des EU-Skeptizismus in der britischen Linken**

Der EU-skeptizismus hat in der Labour-Linken eine lange Geschichte. Tony Benn, den Jeremy Corbyn als Mentor betrachtete, schätzte die EU als eine undemokratische Institution zur Durchsetzung der Interessen der herrschenden kapitalistischen Klasse ein. Die EU zerstöre »die Aussichten des Sozialismus überall in Europa«, indem »der Kapitalismus in ihrer Verfassung zwingend vorausgesetzt wird«<sup>4</sup>. Die Labour-Partei war in der Europa-Frage während eines Grossteils der Nachkriegszeit gespalten.<sup>5</sup> 1975 war Harold Wilson in einer Art Vorlauf der kommenden Ereignisse gezwungen, ein Referendum über die Weiterführung der Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) anzu-



setzen, um mit der Spaltung innerhalb seiner eigenen Partei fertig zu werden. Das Ergebnis war ein überwältigender Sieg für den Verbleib in der EWG. Wilson dachte, damit sei die europäische Frage geklärt.

Aber die Labour-Partei blieb weiterhin uneinig. Für demokratische Sozialist\*innen wie Benn sollte die Linke die Macht erringen, um sie an die arbeitenden Menschen zurückzugeben. Benn war der Ansicht, dass die Labour-Partei sowohl den Staat als auch die Wirtschaft radikal demokratisieren sollte. Das House of Lords sollte abgeschafft, die Macht von Westminster abgezogen und dezentralisiert und die Kontrolle der Arbeiter\*innen über die Industrie gefördert werden.<sup>6</sup> Benn glaubte, dass die Mitgliedschaft in der EWG diesen Zielen entgegenwirke, weil die Macht in den Händen einer kleinen Elite in Brüssel zentralisiert sei. Deshalb blieb Labour in der europäischen Frage gespalten, selbst als es der früheren Euroskeptikerin Thatcher gelang, die Konservative Partei hinter einer Remain-Position zu vereinen.

Nach Thatchers Sieg wurde der Sozialist Michael Foot Labour-Vorsitzender. Er war nicht nur gegen die Mitgliedschaft in der EWG – das Wahlprogramm der Partei von 1983 wurde als »längster Abschiedsbrief der Geschichte« bezeichnet –, sondern stellte sich auch gegen die NATO-Mitgliedschaft und den britischen Besitz von Atomwaffen. Entsetzt über seinen pazifistischen Internationalismus, spalteten sich mehrere ehemalige Kabinettsmitglieder von der Partei ab und gründeten die Sozialdemokratische Partei (SDP), zu der schliesslich weitere 26 Labour-Parlamentarier sowie ein konservativer Abgeordneter überliefen. Nach der bitteren Niederlage geriet die Labour-Linke und mit ihr die gesamte britische Linke in die Defensive. Neil Kinnock trat in diesem Jahr an die Stelle von Foot. Die nächsten beiden Wahlen verlor er ebenfalls und wurde dann durch John Smith ersetzt, dessen früher Tod 1994 den Aufstieg von Tony Blair zum Labour-Chef ebnete.

## Aufstieg und Niedergang der Globalisierung

Blairs Begeisterung für die europäische Integration war Teil eines allgemeineren Wandels des Zeitgeistes nach dem Fall der Berliner Mauer. Liberale Theoretiker\*innen glaubten, dass die Globalisierung – die Ausbreitung der kapitalistischen Beziehungen über die ganze Welt – die Menschen aus der Armut befreien sowie Frieden und Wohlstand für alle Nationen schaffen würde. Doch die Finanzglobalisierung seit den 1980er Jahren und ihre Auswirkungen waren letztlich höchst zerstörerisch für die Weltwirtschaft.<sup>7</sup> Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs, der Abbau von Regulierungen und die Integration der Finanzmärkte führten in den nächsten zwei Jahrzehnten zu einer Reihe akuter Krisen



in den aufstrebenden Marktwirtschaften. Letztlich haben diese Prozesse die Ausbreitung der globalen Finanzkrise von 2008 erleichtert.<sup>8</sup> Die Auswirkungen waren in Europa besonders stark zu spüren: Eurozone-Staaten hatten mit steigenden Kreditkosten zu kämpfen, konnten aber weder ihre Währungen abwerten noch Defizite direkt über die Zentralbanken finanzieren. Periphere Volkswirtschaften wie Griechenland wurden beinahe aus der Währungsunion herausgedrängt.

Es ist kein Zufall, dass Peter Wilding den Begriff ›Brexite‹ von ›Grexit‹ ableitet. Sowohl Grossbritannien als auch Griechenland litten unter der erdrückenden Austerität nach der Finanzkrise, dem Vereinigten Königreich wurde diese jedoch eher von den Konservativen im Inneren als von aussen aufgezwungen. Und sowohl der Brexit als auch die Krise der Eurozone waren – auf unterschiedliche Weise – das Ergebnis der Krise der neoliberalen Globalisierung, verschärft durch die globalen Ungleichgewichte, die Liberalisierung des Kapitalverkehrs und die finanziellen Verflechtungen, die dem Modell des finanzgetriebenen Wachstums innewohnen. Überall auf der Welt hat die Finanzkrise die Unterstützung für den politischen und wirtschaftlichen Status Quo erschüttert.

Im Vereinigten Königreich lässt sich der Rückgang dieser Unterstützung durch zwei Ereignisse verdeutlichen: Erstens gewann Jeremy Corbyn 2015 die Wahl zum Vorsitzenden der britischen Labour-Partei. Sein Wahlkampf stützte sich auf die Energie tausender von Menschen, die sich in Kampagnen gegen die harten Sparmassnahmen der Regierung engagiert hatten.<sup>9</sup> Viele, die Labour verlassen hatten, weil sie den Irak-Krieg und den langsamen Rechtsrutsch ihrer Partei ablehnten, wurden wieder Mitglieder, um für Corbyn zu stimmen. Tausende junger Menschen, von der Koalitionsregierung verraten, nachdem die Liberaldemokraten ihr Versprechen gebrochen hatten, die Studiengebühren nicht zu erhöhen, meldeten sich an und beteiligten sich am Wahlkampf für Corbyn. Diese Welle öffentlicher Unterstützung – zu einem grossen Teil getrieben vom Leid, das die Finanzkrise und die Austeritätspolitik ausgelöst hatten – war ein tiefer Schock für das Labour-Establishment und die Eliten des Landes, die davon ausgegangen waren, dass die basisdemokratische Politik so gut wie tot sei. Corbyn gewann mit einem Erdbebensieg.

Zweitens stimmten die Wähler\*innen 2016 mit 52 zu 48 Prozent für einen Austritt aus der EU. Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2015 hatte die Unabhängigkeitspartei (UKIP) versprochen, die Zuwanderung zu reduzieren und ein Referendum über den EU-Austritt anzusetzen. Sie hatte damit ihren Stimmanteil auf 12.6 Prozent vervierfachen können. Der wachsende Nationalismus und die zunehmende Fremdenfeindlich-



keit verschärften die bereits bestehenden Gräben in der Konservativen Partei. Die Frage der Mitgliedschaft in der EU war dann der Keil, der die beiden Seiten spaltete. Genau wie Wilson 1975, setzte Cameron 2016 ein Referendum an, um die Gräben in der eigenen Partei zu überwinden. Diesmal gewann aber die Kampagne für den EU-Austritt. Der knappe Sieg von ›Vote Leave‹ konsternierte das politische Establishment vielleicht noch mehr als das Ergebnis der Wahl des Vorsitzenden von 2015. Die Leave-Kampagne konnte sich auf die Unterstützung älterer wohlhabender und konservativer Wähler\*innen in Südengland verlassen. Erschüttert hat vor allem die Begeisterung, die die Kampagne bei ärmeren lohnabhängigen Wähler\*innen auslöste.

Viele Kommentatoren taten das Votum als Hinweis auf den latenten Nationalismus und Rassismus der »ungebildeten« britischen Arbeiterklasse ab, aber es ging um etwas, das viel tiefer liegt. Seit die Labour-Partei nach rechts gerückt war, erachteten immer mehr Menschen Wahlen als unwichtig, weil die Kandidat\*innen »alle gleich seien«. Evans und Tilley zeichnen nach, wie sich diese Desillusionierung auf die Beteiligung an den britischen Wahlen ab 1997 ausgewirkt hat, und dokumentieren, dass die Wahlbeteiligung der Arbeiter\*innenklasse zwischen 1997 und 2015 bei jeder Wahl zurückgegangen ist.<sup>10</sup> Diese Wähler\*innen fühlten sich von der in London ansässigen, studierten politischen Elite in beiden Parteien immer weniger vertreten. Die Schwächung der Arbeiter\*innenbewegung schnitt sie auch von der Hauptquelle ihres politischen Engagements ab: den Gewerkschaften. »Take back control«, der Slogan der Leave-Kampagne, war erstaunlich populär unter diesen Wähler\*innen. Sie wollten sich nicht nur die Kontrolle von Brüssel oder sogar Westminster zurückholen, sondern auch ihre Unzufriedenheit mit einer politischen Elite, die ihre Existenz jahrzehntelang ignoriert hatte, zum Ausdruck bringen. Nach der Finanzkrise und der Austeritätspolitik wollten viele Wähler\*innen eine Botschaft an das gesamte politische Establishment senden. Die von den Kürzungsmassnahmen am härtesten betroffenen Gebiete stimmten deshalb eher dafür, die EU zu verlassen.<sup>11</sup>

Es ist klar, dass auf diesem Hintergrund Corbyns politische Vorschläge das Establishment mehr bedrohten als der Brexit. Viele Manager der grössten Unternehmen hätten in der EU bleiben wollen, auch wenn ein nicht unbedeutender Teil der wohlhabenden Monopol-Kapitalisten für Leave plädiert hatte. Erstere akzeptierten das Ergebnis aber dennoch. Doch die wohlhabendsten und mächtigsten Teile der Gesellschaft hatten Angst vor einer Corbyn-Regierung. Die Wähler\*innen unterstützten eindeutig die linke Wirtschaftspolitik Corbyns – von der Verstaatlichung der Eisenbahnen über die Erhöhung der Vermögenssteuern bis hin zu



strengeren Regulierungen für Unternehmen und die Finanzindustrie –, aber diese Politik würde sich nachteilig auf Profite und politische Macht der Elite auswirken. Der Austritt aus der EU war ein geringer Preis, um den Wähler\*innen das Gefühl zu geben, sie hätten »wieder die Kontrolle übernommen«, wenn damit die Bürde einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik vermieden werden konnte.

### Sozialistischer EU-Skeptizismus

In der europäischen Frage blieb die Labour-Partei jedoch zwischen Linksliberalen und Sozialist\*innen gespalten. Die Sozialist\*innen haben ihre Rolle immer darin gesehen, die Politik zu nutzen, um die Macht der Arbeiter\*innenklasse zu stärken. Die Linksliberalen hingegen wollen die Staatsmacht nutzen, um das Leben der Menschen zu verbessern, ohne die Machtverhältnisse infrage zu stellen, die zur Entstehung von Armut und Ungleichheit führen. Peter Mandelson, einer von Blairs wichtigsten Beratern, hat bekanntlich gesagt, dass New Labour »sehr entspannt damit umgeht, dass Menschen verdammt reich werden, solange sie ihre Steuern zahlen«. <sup>12</sup> Für Sozialist\*innen genügt das natürlich nicht: Arbeitende Menschen müssen die Macht über ihr eigenes Leben erhalten, was voraussetzt, dass den Finanziers, Führungskräften und mächtigen Politiker\*innen die Macht, die sie zurzeit monopolisieren, entzogen wird.

Deshalb haben Linksliberale und Sozialist\*innen ein sehr unterschiedliches Verständnis von der EU. <sup>13</sup> Die Liberalen sehen in der EU-Mitgliedschaft eine Möglichkeit, nationale Regierungen an Rückschritten in Sachen ökologische Nachhaltigkeit, Arbeitnehmer\*innenrechte und Finanzregulation zu hindern sowie eine progressive Einstellung zur Migration zu fördern. Die Sozialist\*innen wiederum erachten die EU als wichtigen Teil der Architektur der Finanzglobalisierung, die die Gestaltungsmöglichkeiten der arbeitenden Menschen auf der ganzen Welt beschneidet, nicht nur in Europa. <sup>14</sup> Sie verweisen auf die verschärften Regeln für staatliche Beihilfen, die eigens geschaffen wurden, um öffentliches Eigentum ausserhalb bestimmter Sektoren zu verhindern, auf die rigide Durchsetzung der Kapitalmobilität, die sich im Gegensatz zur Mobilität der Arbeitskräfte bis an die EU-Aussengrenzen erstreckt, und auf neoliberale Einschränkungen bei der Defizitfinanzierung in der Eurozone. Die Gemeinsame Agrarpolitik, restriktive Abkommen über geistiges Eigentum und Steuern sowie die Militarisierung der Aussengrenzen waren zudem Mechanismen, die es der EU gemäss sozialistischem Verständnis erlauben, ihre imperialen Muskeln im Ausland spielen zu lassen.

Viele Linke akzeptierten diese Kritik an der EU, argumentierten aber, dass sie reformiert werden könnte. Andere behaupteten, die Europäi-



sche Union sei nicht demokratisch genug, um reformiert zu werden – sie reagiere nicht auf die Forderungen der Lohnabhängigen –, was bedeute, dass sie niemals die Interessen der Mehrheit widerspiegeln würde. Die Covid-19-Pandemie hat die Reformbemühungen vorangetrieben, die EU wird aber kaum die Transformation realisieren, die das europäische Projekt bräuchte, um sich in einem Zeitalter tiefgreifender Krisen zu schützen. Während das fast zwei Billionen Euro schwere Coronavirus-Wiederaufbaupaket auf einige Lehren aus der Finanzkrise hindeutet, gibt es nach wie vor riesige Löcher im Gebäude des Blocks, und viele der strukturellen Probleme, die zur Staatsschuldenkrise in der Eurozone geführt haben, sind nach wie vor ungelöst – nicht zuletzt die grossen Produktivitäts- und Investitionsunterschiede zwischen Nord- und Südeuropa. Es gab auch erheblichen Widerstand gegen den Plan seitens der sogenannten ›Sparsamen Vier‹ – Österreich, Dänemark, Niederlande und Schweden – und diese Staaten konnten Zugeständnisse erreichen, die das Paket geschwächt haben. Für den deflationären Abschwung und die sich verschärfende Wirtschaftskrise ist das Paket gemäss Yanis Varoufakis »makroökonomisch gesehen mickrig«.

Die mächtigsten Staaten in der EU – nordeuropäische Länder mit strukturellen Leistungsbilanzüberschüssen – haben keinen Anreiz, sich weiter mit diesen Problemen zu befassen. Die politische Führungen dieser Staaten wiederholen nach wie vor Stereotypen von sparsamen Nordländern und verschwenderischen Südländern, obwohl der Produktivitätsunterschied zwischen Nord und Süd genau nördlichen Ländern ermöglicht, anhaltende Leistungsbilanzüberschüsse zu erzielen (die Bezeichnung ›genügsam‹ ist besonders irreführend für die Niederlande, ein Land, das weiterhin massiv Steuervermeidung ermöglicht). Die gegenwärtige Krise hat die europäischen Führungskräfte unvermittelt gezwungen, die Schwächen des Blocks zu realisieren, und die Fortschritte in Richtung einer gemeinsamen Verschuldung sind zu begrüßen. Doch solange die europäischen Staats- und Regierungschefs ihren Austeritätswahn nicht überwinden und erkennen, dass Investitionen der einzige Ausweg aus der Deflationsspirale sind, wird sich die Kluft zwischen Nord und Süd weiter vertiefen.

Die Debatte zwischen denjenigen, die Europa als Hort des Wettbewerbs und des freien Unternehmertums betrachten, und denjenigen, die argumentieren, dass eine stärkere staatliche Unterstützung der europäischen Industrien erforderlich ist, um in einer neuen globalen Wirtschaft wettbewerbsfähig zu sein, wird sich in den kommenden Jahren intensivieren.<sup>15</sup> Und während die Weltwirtschaft in eine weitere Rezession und Europa in die nächste Krise abrutscht, werden die bereits wackeligen Zu-





sagen der EU-Führung, Arbeitsrechte und Umweltstandards zu schützen, den Steuerwettbewerb zu unterbinden und die Menschenrechte zu fördern, erneut auf die Probe gestellt werden.

### **Brexit und das Ende des Corbynismus**

Letztlich bedeutete der Brexit das Ende des Corbynismus. Der Widerstand gegen die Sparmassnahmen im Gefolge der letzten Krise ermöglichte ein Bündnis zwischen Linksliberalen und Sozialisten in der Labour-Partei. Als jedoch die Europafrage in den öffentlichen Polls zum wichtigsten Problem wurde, nahm der Druck auf die Corbyn-Koalition zu und spaltete sie. In der Überzeugung, ohne die Unterstützung der Remain-Mehrheit der Labour-Abgeordneten keine Wahl gewinnen zu können, stellten sich sozialistische EU- und Euroskeptiker wie der damalige Schattenkanzler John McDonnell hinter die Kampagne für ein zweites Referendum.

Als sich mehrere Abgeordnete von der Partei abspalteten, um die inzwischen bereits aufgelöste ›Independent Group‹ zu gründen (die Parallelen zu 1983 sind deutlich), und Labour bei den Kommunalwahlen 2019 nur 32.2 Prozent der Stimmen erhielt, wurde der Druck unerträglich. Corbyn änderte schliesslich die Position der Partei und trat mit dem Ziel eines zweiten Referendums zu den Parlamentswahlen von 2019 an. Durch diesen Schritt verlor Labour den grössten Teil seiner Unterstützung unter den Leave-Befürworter\*innen, was die erschütternde Niederlage im Norden und in den Midlands erklärt, wo Leave am stärksten war. Es ist nicht überraschend, dass Corbyn trotz seiner Pro-EU-Wende bei vielen Remainern keine Unterstützung fand. Viele waren wirtschaftspolitisch rechts orientiert, andere hatten das Brexit-Thema selbst satt und waren nicht vom Nutzen eines weiteren Referendums überzeugt.

Nach der Niederlage Corbyns wurde mit Keir Starmer die treibende Kraft hinter dem zweiten Referendum zum Labour-Vorsitzenden gewählt. Starmer ist ein Linksliberaler, kein Sozialist. Aber er ist auch ein Pragmatiker. Er anerkennt, dass die EU-Frage nun erledigt ist, und er wird es nicht riskieren, eine Kampagne für den Wiedereintritt zu führen. Aber es ist unwahrscheinlich, dass er sich bei den Wähler\*innen aus der Arbeiter\*innenklasse beliebt machen kann, die 2019 erstmals die Konservativen unterstützten. Er ist unfähig, das tiefe Gefühl der Wut und der Entrechtung anzusprechen, das in vielen Gegenden des Vereinigten Königreichs herrscht. Starmer wird den arbeitenden Menschen sagen, dass er ihr Leben besser machen wird. Die arbeitenden Menschen wollen aber keinen Anwalt, der ihr Leben besser macht – sie wollen ihre Macht zurück.





Dass Starmer bei den Wahlen zum Parteivorsitz die sozialistische Kandidatin Rebecca Long-Bailey geschlagen hat, ist ein Beleg für die Schwächen des Corbynismus. Die Sozialist\*innen in der Labour-Partei versäumten es, das Corbyn-Momentum zu nutzen, um Neumitgliedern eine breitere und tiefere politische Bildung zu vermitteln.<sup>16</sup> Die fortschrittliche Haltung der neuen Mitglieder zu einer kohärenteren sozialistischen Politik zu entwickeln, hätte die zentrale Aufgabe der Labour-Linken in diesen Jahren sein sollen. Doch stattdessen konzentrierte sie sich zu sehr auf Verfahrensfragen im Parlament. Als man den Mitgliedern die Wahl zwischen einem respektablen linksliberalen Kandidaten und einer weniger geschliffenen Sozialistin anbot, entschieden sich die meisten für den Ersteren. Dass kein erfolgreicherer Kandidat, keine erfolgreichere Kandidatin gefunden werden konnte, illustriert, dass es nicht gelungen ist, ein Kader neuer sozialistischer Abgeordneter aufzubauen, die wie früher Tony Benn die radikale Linke im Parlament anführen könnten.

Unter Keir Starmer ist die Labour-Partei nicht mehr das Zentrum des kapitalismuskritischen Linken; er verkörpert die Rückkehr zu einer historisch eher typischen Situation, in der die institutionelle Macht der Linken zwischen Labour, den Grünen und kleineren sozialistischen Parteien, den grossen linken Gewerkschaften wie UNITE und Communication Workers Union (CWU) sowie Organisationen der sozialen Bewegungen wie Momentum und Black Lives Matter aufgeteilt ist. Anstatt einer kapitalismuskritischen Labour-Führung zu folgen, werden diese Gruppen in den kommenden Jahren wahrscheinlich die Führung innerhalb der britischen Linken übernehmen. Um ihre Macht wiederaufzubauen, müssen die Sozialist\*innen ihre Energien auf die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen konzentrieren und für die Stärkung der sozialistischen Politik innerhalb der Labour-Partei kämpfen.

Corbyn-Unterstützer\*innen, die 2020 für Starmer stimmten, werden angesichts der Covid-19-Pandemie wahrscheinlich mit Nostalgie auf die Corbyn-Jahre zurückblicken. Starmer hat Johnsons Umgang mit der Pandemie nicht wirklich Widerstand geleistet, auch wenn dieser es zugelassen hat, dass Grossbritannien zu einem der am schlimmsten betroffenen Länder der Welt wurde. Hingegen reagierte er auf die Black-Lives-Matter-Bewegung und kritisierte Demonstrant\*innen, die die Statue eines Sklavenhändlers gestürzt hatten, während er gleichzeitig leere Gesten machte wie etwa einen Kniefall zu Ehren von George Floyd, um zu einem Bild für die sozialen Medien zu gelangen. Für viele Labour-Mitglieder sieht die Orientierungslosigkeit von Starmer wie eine Rückkehr zu den Blair-Jahren aus. Glücklicherweise ist die Linke heute viel



stärker als in den 1990er Jahren und wird sich weiterhin gegen den Rechtsrutsch ihrer Partei wehren. Die derzeitigen Proteste in den USA und in Europa gegen die Brutalität der Polizei gegen People of Color sind ein Hinweis auf die aufgestaute Wut, die in unseren Gesellschaften herrscht. Diejenigen Politiker\*innen, die in der Lage sind, diese Wut zu kanalisieren – ob auf der rechten oder der linken Seite – werden diejenigen sein, die in den 2020er Jahren die politische Macht gewinnen.

## Anmerkungen

- 1 Siehe z.B. Murray, Andrew: *Why Lexit was Right*. In: Blakeley, Grace (ed.): *Futures of Socialism: The General Election, the Pandemic and the Post-Corbyn Era*. Verso, London (erscheint in Kürze).
- 2 Agerholm, Harriet (2017): *Jeremy Corbyn was just 2.227 votes away from chance to be Prime Minister*. *The Independent*, 9. Juni 2017. Labour hätte bei den Wahlen sieben weitere Sitze auf Kosten der Konservativen gewinnen müssen. Auf die richtigen Wahlkreise verteilt, hätten 2227 Stimmen gereicht, damit eine Koalition mit Labour an der Spitze und mit der Scottish National Party, Plaid Cymru, den Grünen, einem Unabhängigen und den Liberaldemokraten eine Regierung hätte stellen können.
- 3 Siehe Baker, Carl; Uberoi, Elise; Cracknell, Richard (2019): *General Election 2019: full results and analysis*. In: House of Commons Library Briefing Number CBP 8749, 28. Januar 2020, <https://commonslibrary.parliament.uk/research-briefings/cbp-8749>.
- 4 British Broadcasting Corporation (2014): *Tony Benn: His views on socialism, Europe, war and writing*. BBC, 14. März, [www.bbc.co.uk/news/uk-politics-26575258](http://www.bbc.co.uk/news/uk-politics-26575258).
- 5 Hickson, Kevin; Miles, Jasper (2018): *Social democratic Euroscepticism: Labour's neglected tradition*. In: *British Journal of Politics and International Relations*, Vol. 20, Issue 4, pages: 864–879.
- 6 Panitch, Leo; Leys, Colin (2020): *Tony Benn Spent His Life Fighting for Democracy and Socialism*. In: *Jacobin*, 3 April. [www.jacobinmag.com/2020/04/tony-benn-birthday-labour-party-uk-new-left](http://www.jacobinmag.com/2020/04/tony-benn-birthday-labour-party-uk-new-left).
- 7 Siehe z.B. United Nations Conference on Trade and Development UNCTAD (2018): *The Shifting Contours of Trade Under Hyperglobalisation*. In: *Trade and Development Report 2018: Power Platforms and the Free Trade Delusion*, [https://unctad.org/en/PublicationChapters/tdr2018ch2\\_en.pdf](https://unctad.org/en/PublicationChapters/tdr2018ch2_en.pdf).
- 8 Lane, Philip R. (2012): *Financial Globalisation and the Crisis*. In: Bank for International Settlements BIS, Working Paper No 397, [www.bis.org/publ/work397.htm](http://www.bis.org/publ/work397.htm).
- 9 Siehe z.B. Myers, Matt (2017): *Student Revolt: Voices of the Austerity Generation*. Pluto Books, London.
- 10 Evans, Geoffrey; Tilley, James (2017): *The New Politics of Class: The Political Exclusion of the British Working Class*. Oxford University Press, Oxford.
- 11 Goodwin, Matthew; Heath, Oliver (2016): *Brexit vote explained: Poverty, low skills and lack of opportunities*. Joseph Rowntree Foundation, 31 August. [www.jrf.org.uk/report/brexit-vote-explained-poverty-low-skills-and-lack-opportunities](http://www.jrf.org.uk/report/brexit-vote-explained-poverty-low-skills-and-lack-opportunities).
- 12 [www.ft.com/content/5f0bf460-e36d-11de-8d36-00144feab49a](http://www.ft.com/content/5f0bf460-e36d-11de-8d36-00144feab49a).
- 13 Murray: *Why Lexit was Right*.
- 14 Siehe z.B. Blakeley, Grace (2018): *Financial globalisation has been a disaster. Brexit gives us a chance to resist it*. In: *Novara Media*, 24 June. <https://novaramedia.com/2018/06/24/financial-globalisation-has-been-a-disaster-brexit-gives-us-a-chance-to-resist-it>
- 15 Siehe z.B. Blakeley, Grace (2019): *The European project has far bigger problems than Brexit*. In: *New Statesman*, 29 March. [www.newstatesman.com/world/europe/2019/03/european-project-has-far-bigger-problems-brexit](http://www.newstatesman.com/world/europe/2019/03/european-project-has-far-bigger-problems-brexit).
- 16 Siehe z.B. Schneider, James (erscheint in Kürze): *Bridging the Gap: Corbynism after Corbyn*. In: Blakeley, Grace (ed.): *Futures of Socialism: The General Election, the Pandemic and the Post-Corbyn Era*.